

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

29.11.1930 (No. 279)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verzögert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Weitreibung und Kontroversverfahren fällt der Fall die Zeitung verpölet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Protestnote gegen Polen Überreichung in Genf

WZB. Genf, 29. Nov. (Priv.-Tel.) Die Note der deutschen Reichsregierung über die in letzter Zeit gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien verübten Gewalttaten ist heute von dem deutschen Generalkonsul Dr. B. S. B. dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, überreicht worden.

Das Schriftstück besteht aus der eigentlichen Note, dem Material und Schlussfolgerungen. Die Note ist in einem deutschen Text übergeben worden; das Völkerbundssekretariat wird die Note in Französisch und Englisch übersetzen lassen. Die Veröffentlichung der Schriftstücke wird nicht vor Mittwoch erfolgen. Es ist an eine gleichzeitige Veröffentlichung in Berlin und Genf gedacht. Die Note stützt sich auf Art. 22 des obereschlesischen Abkommens und nicht auf Art. 11 des Völkerbundsstatuts.

Aus dem Inhalt der Note

glaubt die „Voss. Zig.“ folgendes mitteilen zu können: Die F. l. t. i. c. h. e. Regierung verlangt in der Note, daß der Völkerbund auf Grund der bestehenden Abkommen über die Behandlung der Minderheiten gegen die Verletzung der Rechte eingreife, daß die durch polnische Terrorakte betroffenen Deutschen entschädigt und die politischen Rechte der deutschen Minderheit in Zukunft gewahrt werden. Das Auswärtige Amt hat gleichzeitig den Regierungen jener Staaten, die im Völkerbund vertreten sind — und dazu gehören alle europäischen Großmächte — durch die diplomatischen Vertreter die Note überreichen und auch mündlich erläutern lassen.

Das Material, auf das sich die Beschwerde stützt, ist in zwei Gruppen behandelt: Politische Entrechtung der deutschen Minderheit und Terrorakte gegen einzelne Deutsche. Zu der ersten Gruppe gehört die Feststellung, daß zahlreiche polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität nicht in die Wählerliste aufgenommen wurden. Allein in Kattowitz und Königshütte ist 30 000 Wähler deutscher Nationalität die Aufnahme in die Wählerliste verweigert worden. Zu den Terrorakten in Oberschlesien wird festgestellt, daß die polnischen Behörden das Vorgehen des schlesischen Aufständischenverbandes wohlwollend gebildet haben, daß der höchste Beamte, der Wojwode, Ehrenvorsitzender des Aufständischenverbandes ist, und daß der zu Gewalttaten auffordernde Aufruf der Aufständischenverbände von zahlreichen Inhabern öffentlicher Ämter unterzeichnet war. Besonders schwerwiegend ist der mehrstündige Angriff auf eine deutsche Häusergruppe in Gohndörfen, der trotz seiner langen Dauer nicht zum Eingreifen der Polizei führte. Schließlich haben bei den terroristischen Vorgängen tausende von Briefen eine Rolle gespielt, die ganz offen mit dem Stempel der Aufständischenverbände Angehörigen der deutschen Minderheit zugesandt wurden mit der Drohung, daß sie ihr Verbleiben machen müßten, wenn sie nicht Haus und Hof verlassen.

Untersuchung der Vorfälle in Golaszowiz

WZB. Kattowitz, 29. Nov. (Tel.) Die weiteren Untersuchungen über die Vorfälle in Golaszowiz haben ergeben, daß die Ermordung des Polizeikommandanten keineswegs die polnischen Angriffe auf die Gesamtheit der deutschen Minderheit in Golaszowiz rechtfertigt. Die der Tat dringend verdächtigten Verhafteten Kubla und Watus gehören zwar der deutschen Minderheit an, sind aber sehr übel beleumundet, so daß es sich keinesfalls um einen nationalpolitischen, sondern höchstens um einen gemeinen Mord handeln würde. Ein Sohn des verhafteten Kubla sitzt bereits seit mehreren Jahren wegen Mordes im Gefängnis, und es hat den Anschein, als ob der verhaftete Kubla seinen Sohn durch die Erschlagung des Polizeikommandanten rächen wollte, zumal zwischen den beiden Feindschaft bestanden haben soll. Wie die offiziöse polnische Morgenpresse hierzu noch berichtet, haben Kubla und Watus eingestanden, daß sie sich während der bekannten Vorfälle in Golaszowiz im Gemeindefaß und somit auch von den anderen dort anwesenden Männern abgesondert haben.

Der Redardurchschnitt bei Heilbronn

Im Finanzausschuß des Württembergischen Landtags ist der Vertrag zwischen dem Reich und Württemberg über den Redardurchschnitt bei Heilbronn genehmigt worden. Die Amtskörperschaften Heilbronn und Redardsulm übernehmen den Zinsendienst bis 1938 für 3 1/2 Millionen Reichsmark, das württembergische Landesarbeitsamt gibt 750 000 RM als Zuschuß, die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Berlin drei Millionen zu 5 Proz., die dann 1938 von Württemberg und dem Reich im Verhältnis von 1:2 übernommen werden. Weiterer zwei Millionen gibt der württembergische Staat zinslos. Die Redard. G. hat bei Bürgerschaft des württembergischen Staates ein Darlehen von 2 1/2 Millionen Reichsmark aufzunehmen, das sie im Jahr 1935 an das Reich zusätzlich einer Million Reichsmark an Zinsen zurückzahlt.

Das Redardbauamt Heilbronn erläßt bereits für die Arbeiten die Aufforderung zur Einreichung von Offerten für den Ausbau von 1,3 Millionen Kubikmeter Boden, wovon 120 000 Kubikmeter Felsausbruch sind und von 70 000 Kubikmeter Uferbefestigungsarbeiten. Eine Begehung der Strecke ist auf 6. Dezember, der Eröffnungstermin für die eingehenden Offerten auf 15. Dezember anberaumt worden. Mit dem Beginn der Arbeiten ist also in diesem Jahre nicht mehr zu rechnen.

Letzte Nachrichten

Aun doch Notverordnung Veröffentlichung voraussichtlich am Montag oder Dienstag

BRN. Berlin, 29. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, liegt die endgültige Antwort der Sozialdemokratie, in der ihre Stellungnahme zum Finanzprogramm präzisiert ist, nunmehr vor. Die Formulierung hat die optimistische Auffassung über die Aussichten einer parlamentarischen Erledigung, die an den unterrichteten Stellen gestern abend noch vorherrschte, zerkürrt. Man betrachtet nunmehr die Notverordnung als so gut wie sicher.

Das Kabinett wird sie voraussichtlich am Sonntagvormittag soweit fertigstellen, daß sie dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorgelegt und am Montag, spätestens am Dienstag, veröffentlicht werden kann. Die Verhandlungen, die der Kanzler heute mit den Parteivertretern führt, haben den Zweck, eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung zu verhindern. Dabei kommt es naturgemäß auf die Sozialdemokraten an. Die Besprechungen mit ihnen sollen dahin führen, daß die Sozialdemokratie nicht in eine Kampfstellung gedrängt wird. Darauf wird die neue Notverordnung bis zu einem gewissen Grade Rücksicht nehmen müssen. Praktisch würde das weiter bedeuten, daß sie wie die Zulieferverordnung später dem Hauptauschuß des Reichstags überwiesen wird. Außerdem müßten die Abänderungswünsche der Sozialdemokratie zu der alten Notverordnung, soweit die Regierung sie erfüllen zu können glaubt, ohne daß ihr Programm dadurch beeinträchtigt wird, durch eine Ergänzungsverordnung berücksichtigt werden. Auf diese Weise hofft man zu erreichen, daß die Sozialdemokratie sich mit der neuen Notverordnung abfindet. Diese Hoffnung stützt sich auch auf die letzte Rede des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der selbst für die Notverordnung eingetreten ist.

Steht England vor einem neuen Bergarbeiterstreik? Friedensbemühungen der Regierung

BRN. London, 29. Nov. (Priv.-Tel.) Der gestern gefasste Beschluß des Bergarbeiterverbandes, den Antrag einiger Bergwerksbezirke auf Genehmigung einer abgestuften Arbeitszeit an Stelle des starren Sieben-einhalbstundentages abzulehnen, hat die Lage in erster Reihe verschärft. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Coak, glaubt trotz des Beschlusses noch an eine friedliche Regelung und will alles tun, um eine Arbeitseinstellung in den Kohlenfeldern zu verhindern.

Die Regierung hat inzwischen an die Besenbesitzer ein Telegramm geschickt, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß Vereinbarungen zur Fortsetzung der Arbeit abgeschlossen werden. An die Bergarbeiter hat die Regierung telegraphisch die dringende Bitte gerichtet, mit den Besenbesitzern zusammenzutreffen, um, wenn irgendmöglich, zu vereinbaren, daß nächsten Montag gearbeitet wird.

Wenn nunmehr die Friedensbemühungen der Regierung in letzter Stunde scheitern sollten, so würde dies bedeuten, daß am Montag etwa 300 000 Bergarbeiter feiern werden, und daß es vielleicht zu einer das gesamte Land umfassenden Arbeitseinstellung in den Kohlenbergwerken kommt. Die Lage läßt sich also dahin zusammenfassen, daß zwar die Bergarbeiter und Besenbesitzer vor einem verhängnisvollen Konflikt stehen, daß aber die Regierung die Lage genau verfolgt und entschlossen ist, vermittelnd einzugreifen. Allerdings ist bis Montag nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

Umbildung des polnischen Kabinetts

BRN. Warschau, 29. Nov. (Tel.) Das Kabinett Pilsudski hat demissioniert. Es wird im Amt bleiben, bis der frühere Ministerpräsident Slawek ein neues Kabinett gebildet hat. Oberst Slawek hat bereits gestern begonnen, sein Kabinett zusammenzustellen. Es gilt als wahrscheinlich, daß es im Innere- und Außenministerium zu größeren Veränderungen kommen wird. Der jetzige Innenminister, General Sklabowski, dürfte zurücktreten und dem Außenminister Jaleski wird, wie man erwartet, der jetzige Minister ohne Portefeuille, Oberst Red, als Staatssekretär und Vertrauensmann des Marischals Pilsudski beigegeben werden.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches im Ruhrbergbau. In der Arbeitszeitfreitragkeit im Ruhrbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch vom 12. November, der die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung vorschlägt, für verbindlich erklärt. — Die bestehenden Lohn- und Gehaltsstarife wurden vom Besenverband zum 31. Dezember gelündigt.

Lohnsenkung im Wuppertal. Im Wuppertal wurde in der Metallindustrie die Senkung der Lohnsätze um 6 Prozent vereinbart.

* Zur politischen Lage

Das Sanierungsprogramm

Wir müssen bei Beurteilung der politischen Entwicklung in Berlin uns immer wieder vor Augen halten, daß der Reichskanzler viel lieber sein Sanierungsprogramm mit dem Parlament erledigen würde, als unter Zurückgreifen auf Artikel 48 der Reichsverfassung. Sein am Dienstag gefasster Entschluß, dem Sanierungsprogramm auf dem Wege der Notverordnung Gesetzeskraft zu verleihen, wurde hervorgerufen durch die Annahme, daß von den Parteien doch nichts zu erhoffen sei.

Inzwischen hatte sich aber das Bild etwas gewandelt: In den Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und den Führern der Sozialdemokratie ist ein Kompromißvorschlag Stegerwalds in den Vordergrund getreten, nach welchem nicht nur die langfristig Erwerbslosen und die Tuberkulosekranken von der 50-Pf.-Gebühr für Krankenschein und Rezept befreit werden, sondern alle ausgefeuert Erwerbslosen und die Kategorien der unteren Unterstützungssätze. Es schien so, als ob dieser Kompromißvorschlag von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion akzeptiert werden könnte. Die letzte Entwicklung der Dinge zeigt jedoch nebenstehendes Telegramm.

Einen gewissen Aufschub hat es auch dadurch gegeben, daß der Reichsrat über das Steuervereinheitlichungsgesetz und über den Finanzausgleich nicht so rasch Beschlüsse fassen konnte. Aus Gründen, die man in den Ländern nur zu sehr begreifen wird. Jedenfalls hatte auch dieser Umstand den Reichskanzler veranlaßt, noch zuzuwarten und alle neuen Möglichkeiten einer parlamentarischen Erledigung zu erschöpfen.

Frankreichs Reichtum

Frankreichs Reichtum ist allmählich so groß geworden, daß man schon nicht mehr weiß, wo man mit ihm hin soll. Den Begriff der Arbeitslosigkeit kennt man drüben bekanntlich nicht. Im Gegenteil! Arbeiter werden gesucht, und man ist froh, wenn man überhaupt welche bekommt. Der Außenpolitik stehen ungeheure Summen zur Verfügung, und für die französischen Finanzen ist es eine Kleinigkeit, die Rüstung Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Polens auf dem Niveau zu halten, das den machtpolitischen Interessen Frankreichs entspricht. Das öffentliche Leben in ganz Frankreich, vor allem aber in Paris, offenbart einen Luxus und einen Wohlstand, der für unsere Begriffe schier unfassbar ist. Für jedes Vergnügen ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden, und es gibt kaum etwas, was sich die französische Bevölkerung versagen muß. Ein neuer Laden nach dem andern tut sich auf, ein Vergnügungsort nach dem andern öffnet seine Pforten, und sie alle finden ihren Zulauf.

Und dem gegenüber Deutschland! Durch den Weltkrieg und seine Folgen ist der Nationalwohlstand um mindestens die Hälfte verringert worden, in der Inflationszeit und in den Jahren der Wirtschaftskrise ist der Besitz dahingeschwunden wie Butter an der Sonne, flüssiges Kapital gibt es so gut wie gar nicht mehr, und die Auslandsverschuldung beträgt langfristig und kurzfristig nach den neuesten Mitteilungen 26 Milliarden Reichsmark! Gewiß sind Luxus und Wohlleben durchaus nicht erstrebenswerte Ziele für ein Volk. Man kann auch in bescheidenen Verhältnissen glücklich sein. Das Aufreizende der Gegenüberstellung von Frankreichs und Deutschlands Lage ist darin zu erblicken, daß das reiche Frankreich, obwohl es nicht mehr weiß, wo es mit seinem Geld hin soll, den Armen noch immer weiter auspowert und von ihm noch immer weiter Zahlungen verlangt. Und deshalb gibt es keine Forderung, die in Deutschland populärer und moralisch berechtigter wäre, als die nach Revision des Youngplans, nach Reduzierung oder Streichung der Reparationslasten.

Fortführung der Genfer Komödie

Die Mehrheit des „vorbereitenden Abrüstungsausschusses“ in Genf hat sich, ohne zu erröten, die Annahme eines Artikels geleistet, der ausdrücklich bestimmt, daß „das gegenwärtige Abrüstungsabkommen in keiner Weise die Verpflichtungen einschränkt, die aus früheren Verträgen herrühren, nach denen gewisse vertragsschließende Staaten eine Begrenzung ihrer Rüstungen angenommen haben.“ Das heißt also, daß die Entwaflnung

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutschlands verehrt werden soll. Das heißt, daß man eine „Abriistung“, die in Wahrheit gar keine ist, zum Vorwand nehmen will, um Deutschland für immer zu einer Nation zweiten Ranges und minderen Rechtes herabzuwürdigen.

Die französische Politik hat in dieser „vorbereitenden Abriistungskommission“ also vollkommen gesiegt. Und bezeichnender Weise hat auch England für den französischen Antrag gestimmt. Ein neuer Beweis dafür, daß auch auf die schönen Worte der jetzt regierenden englischen Staatsmänner wenig zu geben ist. Wir haben es im Haag bei den Beratungen über den Youngplan erlebt, daß England dann, wenn es sich um den eigenen Geldbeutel handelt, eine Rücksicht auf andere nicht kennt. Und wir erleben es jetzt in Genf, daß dasselbe England, wenn es darauf ankommt, wirklich abzuriisten oder Deutschland Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, mit Frankreich den Standpunkt einseitiger Aufrüstungspolitik vertritt.

Lord Cecil mag noch so viel dagegen protestieren, die Ausführungen des Grafen Bernstorff vom vorgestrigen Tage sind nur zu wahr: der jetzige Abkommensentwurf hat mit wirklicher Abriistung überhaupt nichts mehr zu tun. Graf Bernstorff hat angekündigt, daß er die Abstimmung über den im Entwurf beschlossenen Artikel, der also die Entwaffnung Deutschlands bereuigen will, dazu benutzen werde, um gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit zu stimmen. Gegen den berichtigten Artikel haben außer den neutralen Mächten nur Deutschland, Italien, Sowjetrußland, die Türkei und Bulgarien gestimmt.

Zu welcher einer Sinnlosigkeit das ganze Komödienstück in Genf ausgeartet ist, zeigt am besten die Tatsache, daß zu allen unzulänglichen Bestimmungen des Abkommensentwurfes vor einigen Tagen noch eine neue Bestimmung hinzugekommen ist, nach welcher es jedem Staate freigestellt wird, sich für gewisse Zeit auch über die Paragraphen des Abkommens hinwegzusetzen und die Rüstungen zu vergrößern, für den Fall nämlich, daß „die Sicherheit dieses Staates besonders bedroht sein sollte“. Mit dieser Bestimmung offenbart die vorbereitende Abriistungskommission vor aller Welt ihren Bankrott. Denn praktisch macht sie damit die sämtlichen Beschlüsse von vornherein illusorisch, da doch natürlich jeder Staat, wenn er aufrüsten will, erklären wird, „seine Sicherheit sei bedroht“.

Neue Konstellationen?

Auf dem Gebiete der Außenpolitik ist das markanteste Ereignis der letzten Woche die Annäherung zwischen Italien und Sowjetrußland. In der französischen Presse spricht man heute schon von der Errichtung eines großen Staatenblocks, der Italien, Österreich, Deutschland, Ungarn, Bulgarien, Griechenland, die Türkei und Sowjetrußland umfassen würde, um ein Gegengewicht zu bilden gegen Frankreich. Soweit Deutschland hierbei genannt wird, ist es notwendig, auf die Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers aufmerksam zu machen, nach welchen Deutschland mit allen Staaten gleichmäßig in Frieden zu leben wünscht. Etwas anderes ist die Frage, ob nicht einmal in absehbarer Zeit gegen unseren Willen ein solcher Block zustande kommen könnte, wie er hier geschildert wird.

Bündnispolitik in dieser oder jener Form wird Deutschland unter allen Umständen wieder einmal treiben müssen. Und es ist selbstverständlich, daß sich Bündnisse mit solchen Mächten, die uns mit allen Mitteln brutalen Zwanges am Boden halten wollen, nicht empfehlen. Die Aufrichtung eines großen und mächtigen Blockes, der auf das französische Kommando nicht hört, wäre sicherlich ein Gewinn für die ganze Weltpolitik. Denn das französische Übergewicht wird mit jedem Tage drückender. Eine Koalition, wie die eben erwähnte, wäre die einzige, die stark genug ist, um Frankreich ein Paroli bieten zu können. Doch sei nochmals betont, daß einstweilen die amtliche, deutsche Außenpolitik mit derartigen Bestrebungen nichts zu tun hat.

Und auch der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Bethlen, in Berlin kann nicht im Sinne einer Teilnahme Deutschlands an einer solchen Koalitionspolitik gedeutet werden. Die Ungarn waren unsere Waffengefährten im Weltkrieg, und wir haben vor ihren militärischen Tugenden stets große Hochachtung gehabt. Ungarn leidet unter den unsinnigen Bestimmungen eines Friedensvertrages (des von Trianon) ebenso, wie wir unter dem Friedensvertrag von Versailles leiden. Auch wirtschaftlich bestehen Berührungspunkte genug. Da ist es denn ganz selbstverständlich, daß durch gegenseitige Besuche der führenden Diplomatie die Gemeinsamkeit unserer Interessen unterstrichen wird.

Die polnischen Greuel in Oberschlesien

Genau so wie der Völkerverbund jetzt auf dem Gebiete der Abriistungsfrage versagt, genau so hat er in seiner letzten offiziellen Tagung in der Frage des Minderheitenschutzes versagt. Vor allem ist es Polen, das sich nicht im mindesten an die schon an und für sich nur recht dürftigen Bestimmungen des Schutzes der nationalen Minderheiten kehrt. Ganz systematisch werden die Deutschen, die Ukrainer und die Weißrussen drangsaliert und praktisch durch Terror ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt.

Was sich bei den letzten polnischen Wahlen in Ost-Oberschlesien abgespielt hat, das ist so empörend, daß es jedem deutschen Volksgenossen das Herz zusammenkrampfen muß. Kein Mittel roher Gewalt war den Polen schlecht genug, um es nicht bei dieser Wahl anzuwenden.

Und dementsprechend ist dann auch das Wahlergebnis ausgefallen. Wer sich dem Gebot nicht fügen wollte, der wurde in viehischer Weise mißhandelt. In mehreren Fällen sind die betreffenden Deutschen an diesen Mißhandlungen gestorben. Wohnungen und Häuser von deutschen Wählern sind demoliert worden. Und es hat sich dort in Ost-Oberschlesien eine polnische Wirtschaft betätigt, die in ihrer Greuelhaftigkeit den Ekel eines jeden zivilisierten Menschen erwecken muß.

Die deutsche Reichsregierung hat Protest gegen diese Behandlung eingelegt und eine Beschwerde an den Völkerverbund gerichtet. Das deutsche Volk steht ohne Unterschied der Partei in dieser Frage hinter seiner Regierung, und es wird nicht dulden, daß sich solche Vorfälle wiederholen. Unsere Langmut ist nicht unerschöpflich!

Knappes Vertrauensvotum in Frankreich Vor dem Rücktritt Lardieus?

Die französische Kammer behandelte am Freitag eine Interpellation wegen des Zusammenbruchs der Dufresne-Bank, die für die Regierung Lardieus eine gravierende Wendung genommen hat. Lardieu hat zwei neue der Korruption überführte Mitglieder des Ministeriums, den Unterstaatssekretär der schönen Künste, Eugène Lantier und den Unterstaatssekretär Falcois, fallen lassen, um vor dem Parlament den Standpunkt zu vertreten, daß die Regierung als solche nichts mit dem Skandal zu tun habe.

Tatsächlich ist es ihm gelungen, den Koalitionsparteien nochmals ein Vertrauensvotum mit 293 gegen 279 Stimmen zu entreißen. Dabei ist seine Mehrheit auf 14 Stimmen zusammengeschrumpft. Die radikale Linke ist nahezu geschlossen zur Opposition übergegangen. Aber auch bei den anderen Parteien der bisherigen Mehrheit soll eine ganze Reihe von Abgeordneten nur deshalb für Lardieu gestimmt haben, um ihm die Möglichkeit zur freiwilligen Demission zu lassen.

Der Bankier Dufresne ist am Freitag in Paris verhaftet worden, aber nicht im Zusammenhang mit der gegenwärtig schwebenden Angelegenheit, sondern unter der Beschuldigung, in eine bis zum Jahre 1927 zurückreichende Betrügerei verwickelt zu sein. Der Untersuchungsrichter ordnete die Verhaftung von sechs weiteren Finanzleuten an.

Radikale Gehaltskürzungen in Italien. Aus Italien wird über radikale Abbaumaßnahmen berichtet. Die Abgeordnetenblättern wurden um 12 Prozent herabgesetzt, die Provisionen der Vorsitzenden und Verwaltungsräte in Industrieunternehmen um 25 Prozent, die Gehälter der Leiter um 12 Prozent, die Löhne der Arbeiter um 8 Prozent und die Gehälter der Industriearbeiter um 8 bis 10 Prozent. Die Eintrittspreise für Theater und Kinos erfuhren eine Ermäßigung um 10 Prozent.

Abg. Göring beim Reichskanzler. Der Reichskanzler empfing am Freitag in Abwesenheit des Staatsministers Dr. Frick den stellv. Fraktionsvorsitzenden, Abg. Göring, zur Besprechung über die Regierungsvorlagen. In gegenseitigem Einverständnis wurde bis auf weiteres Stillschweigen über die Besprechung vereinbart.

Milch in Berlin wieder teurer. Der Verband des Vereinigten Berliner Milchhandels teilt, der „Börs. Ztg.“ zufolge, in einem Rundschreiben mit, daß der Milchpreis im Kleinhandel vom Samstag, den 29. November an wieder 30 Reichspfennig betragen wird. Die Preissteigerung sei bedingt durch die Erhöhung des Grundpreises seitens der Landwirtschaft um 8 Reichspfennig pro Liter.

Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller, Magdeburg, hat gestern den am Tarif beteiligten Gewerkschaften das Lohnabkommen zum 31. Dezember 1930 gekündigt.

Kleine Chronik

Der Transozeanflug des „Do X“ nach Südamerika soll im Januar stattfinden.

Im Kohlenbergbau Hausham (Oberbayern) sind am Freitag drei Bergleute in einem Abbau durch plötzlich in größerer Menge auftretendes Erubergas erstickt.

Die Inhaberin eines kleinen Konfitürengeschäfts an der Prenzlauer Allee in Berlin wurde heute, Samstag, vormittag in der Wohnstube hinter ihrem Laden ermordet aufgefunden. Allem Anschein nach ist der Mord in der vergangenen Nacht verübt worden.

In Paris war am Freitag ein seltenes Naturphänomen zu beobachten, nämlich ein „Schwübelregen“, also mit Erde beschwerte Wassertropfen, die nach dem Tod von den Dächern eine tödliche Kruste hinterließen. Einige Meteorologen geben die Erklärung, es handle sich dabei um hochgewirbelte Sandmassen aus Nordafrika, die in Wolken in 5000 oder 6000 Meter Höhe fortgetrieben werden.

Freiburger Theaterbrief

—er. Unter den Opernereignissen der letzten Zeit steht eines unverlöschbar im Gedächtnis: die Neueinstudierung der „Elektra“ von Richard Strauss. Ein selten günstiges Zusammenkommen aller Einzelfaktoren hat diese der überwältigenden Macht des Werkes kongeniale Wiedergabe ermöglicht. Eine Elektra von größerer stimmlicher Kraft und Schönheit und größerer mimischer Ausdrucksfähigkeit wie Elisabeth Maerker neben einer so unheimlich echt gestalteten Klytemnestra wie die von Pauline Strech wäre schlichterdingens nicht vorstellbar. Und daß aus diesem scheinbaren Chaos maßloser Steigerungen in der Musik der Eindruck des Kunstwertes von grandioser Geschlossenheit erwuchs, war die nicht laut genug zu preisende Leistung Hugo Walzers und seines Orchesters. Es fehlte auch nicht, daß der Szenenbildner Koller ten Hoonte und der Spielleiter Felsenstein in Farbe, Licht und Bewegung ihre Aufgabe mit sicherem Stillsitzen erfüllten. Eine gleichermäßen bewundernswürdige Darbietung der sinfonischen Dichtung „Tod und Verklärung“ ging dem pausenlos durchgespielten Niesenakt der „Elektra“ voraus. Eine vom Geist des Hofstaats durchdränkte, reizvolle altitalienische Oper bot man mit der Erstaufführung „Geimliche Ehe“ von Domenico Cimarosa, einem Zeitgenossen Mozarts. Kapellmeister Franzen dirigierte grazios und klar, die Solisten stimmten bestens zusammen, Arthur Schneider gab ihrem Spiel innerhalb des von Koller ten Hoonte geschaffenen geschmackvollen szenischen Rahmens die nötige Beschwingtheit. An der Erinnerungsfreier für Konradin Kreutzer teilzunehmen, war für das Freiburger Theater eine selbstverständliche Ehrensache. Man gab erstmals das von Hugo Walzer liebevoll dirigierte, aus hundertjähriger Verküftung herbeigeholte Singpiel „Die Alpenhütte“, ein nicht eben vielversprechendes Werkchen der Frühromantik, das immerhin an einigen Gesangsstellen voll Melodie und an dieser und jenen Feinheit der Instrumentierung den Schöpfer des weithin bekannten „Nachtlagers von Granada“ erkennen läßt.

Aus den Ländern

Das Ende des „Schulstreichs“. Am 1. Dezember tritt in Württemberg die neue Gemeindeordnung in Kraft. Damit hört auch der Schulstreik auf, es gibt dann nur noch Bürgermeister.

Ein Aufruf der bayerischen Regierung. Die bayerische Staatsregierung erließ einen Aufruf zur Vinderung der Not in den Wintermonaten. Staat und Gemeinden, so heißt es in dem Aufruf u. a., könnten allein die Not nicht überwinden. Auch die Kräfte der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege reichen dazu nicht aus. Das Elend könne nur überwunden werden, wenn die Gesamtheit des Volkes zusammenstehe. Wer noch ein, wenn auch bescheidenes Auskommen habe, sei verpflichtet, den Volksgenossen zu helfen, die sich in weniger glücklicher Lage befinden.

Bürgersteuer vom Thüringer Landtag abgelehnt. Das Gesetz über die Bürgersteuer wurde am Freitag im Thüringischen Landtag abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, gegen die der Deutschen Volkspartei, des Landvolks, der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen und der Deutschen Staatspartei.

Reform des juristischen Studiums in Preußen. Im preussischen Kultusministerium sind Vorschläge für eine Reform des juristischen Studiums ausgearbeitet worden. Der Studienplan soll künftig systematische Vorlesungen enthalten, die durch Vespersionen ergänzt werden, ferner durch Vertiefungsvorlesungen und Übungen. Geplant ist insbesondere die Einrichtung von Repetitorien. Die Teilnahme an den Übungen ist von einem staatlichen Zulassungsschein abhängig, der in der Regel drei Semester voraussetzt. Die Bestimmungen über den Zulassungsschein sollen bereits am 1. Juli 1931 in Kraft treten.

Städte unter Zwangsverwaltung. In Dortmund ist durch den Regierungspräsidenten die Bürgersteuer eingeführt worden. Die Getränkesteuer sowie die Biersteuer waren von den städtischen Körperschaften bereits früher beschlossen worden. Für Magdeburg, wo die Stadtverordneten die Magistratsvorlage zur Deckung des Defizits von 3,8 Millionen ablehnten, wird die Regierung einen Kommissar zur Festsetzung der neuen Steuern ernennen. — In Breslau hat der Regierungspräsident die Bürgersteuer, die erhöhte Biersteuer und die Wein- und Getränkesteuer eingeführt.

Die Tariffestungen bei der Reichsbahn Vorschläge des Reichsverkehrsministers

Der Preisfestungsausschuß des Reichskabinetts hat Freitagabend eine Sitzung abgehalten, in der vor allem die Möglichkeit besprochen wurde, die sich für eine Senkung der Eisenbahntarife ergeben. An der Sitzung nahmen auch Reichsverkehrsminister Dr. von Guérard und der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dornmüller, teil. Es liegt auf der Hand, daß Dr. Dornmüller auf die Schwierigkeiten hinwies, die sich aus den verschiedenen Ausfällen für die Reichsbahn ergeben.

Der Reichsverkehrsminister hat Vorschläge gemacht, die sich im Endeffekt auf einen Betrag belaufen, der in Reichsbahntarifen auf 80 bis 40 Millionen Reichsmark geschätzt wird. Heute werden diese Vorschläge dem Reichskabinetts vorgelegt werden, das entsprechende Beschlüsse fassen wird. Infolgedessen wird dann auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn sich mit den Vorschlägen zu befassen haben. Es handelt sich nicht um eine allgemeine Tariffestung, sondern um Spezialtarife.

Handgreifliche „Politik“

Zu einem schweren politischen Zusammenstoß kam es in Köln-Deutz zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Lungenstoß lebensgefährlich verletzt. — Bei einem Zusammenstoß, an dem ein Stahlhelm und ein Kommunist teilnahmen, wurde ein junger Mann durch einen Stoß in die Schulter verletzt und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. — In Göttingen kam es in einer sozialdemokratischen Versammlung zu blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten. Etwa 40 bis 50 Personen wurden verletzt. Ein Nationalsozialist mußte mit einer Stichverletzung ins Krankenhaus gebracht werden. Auf dem Göttinger Marktplatz wurde der Kreisführer des Reichsbanners und oldenburgische Landtagsabgeordnete Probst aus Göttingen von drei Nationalsozialisten niedergeschlagen. — In Düsseldorf kam es zu schweren Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Dabei wurden drei Nationalsozialisten und vier Kommunisten durch Messerfahrten erheblich verletzt. — Bei Coburg wurden nach einer sozialdemokratischen Versammlung Lastkraftwagen, die mit Versammlungsteilnehmern besetzt waren, mit Steinen und Bierflaschen beschossen. Der Führer wurde am Kopf verletzt und verlor dadurch die Herrschaft über sein Fahrzeug. Dieses fuhrte eine Wöschung hinab und überschlug sich. Zwei Personen wurden schwer und mehrere leicht verletzt.

Daß heutzutage noch klassische Schauspiele aufgeführt werden, hält man im allgemeinen für eine leidige, von einem Kulturtheater nun einmal nicht zu trennende Verpflichtung. Nun, eine von Intendanten Krüger besorgte Neueinstudierung der „Maria Stuart“ hat diese Meinung gründlich zunichte gemacht. Und damit zugleich das schon oft von der zünftigen Kritik gerade über dieses Stück ausgesprochene abfällige Urteil. Das Gegenteil trat ein: man entsappte sich zu seiner eigenen Überraschung dabei, daß man diesen äußerst geschickt auf die Wirkung des rein Menschlichen hin zurechtgearbeiteten Akten mit ununterbrochener Spannung folgte und aufs neue der Überzeugung wurde, daß ihr Dichter Schiller ein Theatergenie allerersten Ranges ist. Laura Wagner, voll Frauenreiz, mit ihrer innerlich bewegten Sprechweise als Maria und Ida Mahr als durchaus modern aufgefärbte Elisabeth trugen bei diesem Erfolg des Abends einen Hauptanteil. Auch zwei Lustspielneufheiten schlugen kräftig ein. Bruno Frants Komödie „Sturm im Wasserglas“, mit einem auf der Liebe zur armen Kreatur beruhenden Grundgedanken, hat zum mindesten zwei frisch zugreifende erste Akte, den dritten zetzte Felsensteins Flug verfangende Regie, so weit es ging. Brausende Heiterkeitsstürme rief Lotte Wolter mit ihrer meisterhaft gezeichneten Blumenhändlerin Vogel, die so rührend um ihren Hund kämpft, hervor. Im „Konto X“, von Bernauer und Oestreich, bekommen es die Rechtsanwältin und die vornehmen Leute mit ihrer unzeitgemäßen Standes- und Massenvorurteilen in einer nicht gerade sehr glaubwürdigen, dafür aber um so lustiger durchgeführten Handlung gezeigt, die immer wieder neue Spannungen bringt. Es wurde unendlich viel gelacht. Die von Ernst Hart mit Takt und Fingigkeit geleitete Aufführung hatte den frischesten Zug. Fred Himmelfaß als Bürovorsteher Meißnagel bot ein Kabinettsstück von stimmungsvoller und sympathischer Wiederkehr.

Badischer Teil

Französische Angst vor der badischen Polizei

Es wird uns geschrieben: Der „Matin“ vom 20. November bringt wieder einmal einen Artikel, in dem den Lesern alle möglichen Schauermärchen von deutschen Rüstungen und einer „Geheimarmee“ aufgetischt werden. Unter anderem wird auch behauptet, daß mit Ausnahme der preussischen Polizei die Polizeimannschaften und Schupo der Länder praktisch der Reichswehr unterstellt seien. „Die Schupo des Großherzogtums Baden“, heißt es dann weiter, „hat soeben richtige große Manöver unter der Parole Mäuser sind im Schwarzwald!“ abgehalten.“

Dazu ist festzustellen, daß die Badische Polizei nur rein polizeilichen Zwecken und Aufgaben dient. Bei den nur selten vorgenommenen Übungen der Polizei außerhalb der Standorte werden immer Lagen zugrunde gelegt, die polizeilichen Aufgaben entsprechen, wie sie schon vorgekommen sind oder vorkommen können. Die Übung im Schwarzwald, auf die der „Matin“ Bezug nimmt, beschäftigte sich mit der Einkreisung und Festnahme von Zigeunerverbänden, wobei zu bemerken ist, daß ein häufigeres Auftreten von Zigeunern in Baden im letzten Jahr durch das Landespolizeiamt festgestellt worden war. Bei einer zweiten Übung war eine Unruhebewegung angenommen, zu deren Benützung die örtlichen Sicherheitskräfte nicht ausreichten, weshalb von auswärts Verstärkung zu Hilfe gerufen werden mußte. An keiner Übung haben jeweils alle Polizeikräfte teilgenommen, sondern nur diejenigen aus der Nachbarschaft des Übungsgebietes. Es ist eine vollkommene Entstellung der Tatsachen, wenn im „Matin“ behauptet wird, die Badische Polizei beschäftige sich mit anderen, insbesondere militärischen Aufgaben, für die sie weder die Ausbildung noch die Ausrüstung besitzt. Ebenso falsch ist es, die Badische Polizei anders zu betrachten als die preussische. Daß die Badische Polizei als ein Organ der Badischen Verfassung mit der Reichswehr in keinerlei Beziehung steht und von ihr auch vollkommen unabhängig ist, braucht Vernünftigen nicht erst besonders berichtet zu werden.

Der Bahnbau Peterstal-Grießbach

Wie die „Nenschalzeitung“ meldet, ist der Bahnbau Bad Peterstal-Grießbach sichergestellt worden. Mit dem Weiterbau soll schon in nächster Zeit begonnen werden, nachdem mit der Reichsbahn und der badischen Regierung eine Einigung erzielt worden ist.

Aus der badischen Industrie

Schnellpressfabrik Heidelberg fabriziert Motorräder. Nachdem die Stad Motorflug AG, Berlin, ihre gesamte Motorenfabrikation nach Heidelberg verlegt hat, wird die Schnellpressfabrik Heidelberg AG (Kahn-Konzern) demnächst die gesamte Fabrikation und den Verkauf der Stad-Motorräder übernehmen.

Kündigung des Lohnabkommens in der Uhrenindustrie. Nachdem der Arbeitgeberverband der Uhrenindustrie und der verbanden Industriellen des Schwarzwaldes bereits schon Mitte November das gesamte Kollektivabkommen gekündigt hat, ist nunmehr hierzu auch noch die Kündigung des Lohnvertrages vom 1. August 1929 auf 31. Dezember 1930 erfolgt. Gefordert wird die Herabsetzung des Entlohnes (Einstelllohnes) auf 71 Pf. in der Stunde, wie nach dem Stande des vorigen Vertrages vom 29. März 1927. Da der gegenwärtige Entlohn in der ersten Ortsklasse 79 Pf. beträgt, so entspricht das einer Herabsetzung von 8 Pf. in der Stunde. Da nach Ziffer 17b des gekündigten Abkommens vier Wochen nach erfolgter Einstellung der Tarifminderlohn 5 Proz. über dem Einstelllohn liegen muß, so ist der Lohnabdruck wesentlich höher, als er in der Forderung zum Ausdruck kommt.

Feierlichkeiten beim Kalivert Duggingen. Das Kalivert Duggingen muß seit einiger Zeit Feierlichkeiten einlegen, da eine Abzählung eingetreten ist.

Ein Riesenbadofen für Wien. Ein Riesenbadofen ist gegenwärtig bei der Badofenfabrik Gebr. Oberle in Billingen in Arbeit. Dieser automatische Großbadofen weist eine Badfläche von annähernd 50 Quadratmetern auf, während sonst ein landesüblicher moderner Badofen nur 6 Quadratmeter Badfläche hat. In diesem Wunderwerk deutscher Arbeit können alle Werdorten und Feingebäd jeder Art und Größe hergestellt werden. Er ist für eine der größten Wrofabriken in Wien bestimmt.

Gemeinderundschau Stadtratswahlen

In Jahr beteiligten sich sämtliche 72 Wahlberechtigte. Auf die Nationalsozialisten entfielen 24 Stimmen (5 Stadträte), auf die gemeinsame Liste, Zentrum und Sozialdemokraten, 23 Stimmen (4, für jede Partei 2), Gemeindefreie (Staatspartei, Evans, Volkswirtschaft, Deutsche Volkspartei) fielen 14 Stimmen (3, für jede Partei 1), für die Kommunisten entfielen 6 Stimmen (1), für die Bürgerliche Vereinigung 5 (1). — Auch in Konstanz haben die 84 wahlberechtigten Bürgerauschussmitglieder vollzählig von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Es erhielten die: Zentrum 6, Sozialdemokraten 2, Nationalsozialisten 2, Deutsche Staatspartei 1, Kommunisten 1, Deutschnationalen in Verbindung mit der Deutschen Volkspartei 1. Die Deutsche Staatspartei und die Kommunisten haben einen Sitz zugunsten der Nationalsozialisten verloren. Die übrigen Parteien haben ihren bisherigen Beststand behauptet.

Ansetzung der Gemeindevahlen in Breisach. Von seiten der Sozialdemokratischen Partei ist gegen das Gemeindevahlresultat in Breisach Ansetzung erhoben worden.

Der Bürgerauschuss Blankstadt hat die Biersteuer mit 40 gegen 26 Stimmen angenommen. Die Bürgersteuer dagegen mit 40 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Die Zahl der Erwerbslosen in Durlach beträgt zur Zeit 1613, darunter befinden sich 135 Fürsorgearbeiter.

Starker Prozentaus ungültiger Stimmen. Bei den Feststellungen des Wahlergebnisses für Kreisversammlung und Bezirksrat Emmendingen bemerkte man, daß in der Gemeinde Fechtlingen 80 Proz. und in der Gemeinde Wühl 50 Proz. aller abgegebenen Stimmen ungültig waren.

Der Bürgerauschuss Überlingen trat am Freitag zu seiner ersten Sitzung nach den Wahlen zusammen. Er beschloß mit großer Mehrheit die Annahme der Bürgersteuer, lehnte dagegen die Bier- und Getränkesteuer ab.

Aus der Landeshauptstadt Notstandsarbeiten in Karlsruhe

Für die Winterzeit hat der Stadtrat Karlsruhe eine größere Anzahl von Notstandsarbeiten vorgesehen. So soll die Alb hinter der „Danja“ auf einer Strecke von rund 1200 Metern verlegt werden. Der Aufwand beträgt 180 000 Reichsmark, der zu Bierfünfteln aus Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge gedeckt werden soll. Es werden verbriefte Arbeitslose und Wohlfahrtsberufungslose (Ausgesteuerte) beschäftigt; insgesamt fallen 16 300 Erwerbslosentagslöhne an.

Das Rheinbauamt Mannheim beabsichtigt, den **Rheinhochwasserdamm 27** auf der Gemarkung Knielingen bis zur Albmündung im Wege der Notstandsarbeiten zu verlängern. Das Projekt kommt hauptsächlich der Gemeinde Knielingen und zu einem nicht unbedeutenden Teil auch Karlsruhe zugute. Es wird dadurch der Rückstau des Rheins bei Hochwasser in der Knielinger Niederung vermindert und gleichzeitig die Hochwasserverhältnisse im Gebiete der Albmündung verbessert. Von den entstehenden Kosten soll die Stadt Karlsruhe 30 000 Reichsmark tragen. Es sollen Karlsruher und Knielinger Arbeitslose beschäftigt werden. Die Arbeit umfaßt etwa 25 000 Arbeitslosentagslöhne. Ferner wird eine Erhöhung des Uferdammes des Hauptammelskanals bei Reureut als Notstandsarbeit erlangen. Der Aufwand ist zu 225 000 Reichsmark bei 24 000 Erwerbslosentagslöhnen veranschlagt. Auch hier werden verbriefte Arbeitslose und Ausgesteuerte nebeneinander beschäftigt.

Der Karlsruher Frauenklub eröffnet am Dienstag, den 2. Dezember, bis Donnerstag, den 4. Dezember, 11—1 Uhr und 8—7 Uhr in seinen Klubräumen, Karl-Friedrich-Str. 30, 1 Tr., rechts („Eintracht“), eine Ausstellung künstlerischer und praktischer Frauenarbeit. (Siehe Anzeige.) Arbeiten verschiedener Art, die Frauen durch Fleiß, Geschicklichkeit, Erfindungsgabe oder künstlerisches Talent, mit oder ohne berufliche Ausbildung, herzustellen haben, liegen auf; verkaufliches und unverkaufliches. Der Erlös der verkauften Arbeiten fällt zeitlos der Erzeugerin zu. — Im Damenzimmer Erfrischungen. —

Zunehmende Verwilderung. Vom Freitag auf Samstag mußte die Polizei gegen 26 Personen einschreiten, die Ruhestörung bzw. groben Unfug in zum Teil recht erheblichem Maße begingen. Darunter befinden sich zwei auf Wanderschaft befindliche junge Männer, die in der Hauptstraße in Durlach einem Stallschweizer ohne jeden Grund überfielen, schlugen und mit dem offenen Messer bedrohten. Außerdem befinden sich darunter zwei Schüler, die sich den üblichen Scherz erlaubten, von einer öffentlichen Fernsprechanlage aus das Telephonamt zum Beuten zu halten. Anderen jungen Burschen, die ähnliches mit der Polizeiwache in der Südstadt versuchten, ist man auf der Spur.

Badisches Landestheater. Der Sondermietenzyklus „Zeittheater“ erfährt seine Fortsetzung am Montag, dem 1. Dez., mit dem zweiten der fünf geplanten Werke: „Das fünfte Gebot“ (Ananke), des holländischen Arztes G. Th. van de Velde, der durch seine Bücher weltbekannt geworden ist. Sein Schauspiel hat schwerste Gewissenskonflikte zum Gegenstand, wie sie der Beruf des Arztes gewiß in zahllosen Fällen mit sich bringt, und der erfahrene Verfasser will zeigen, wie starrs Recht und Prinzipientreue, da das wirkliche Leben in seiner unerschöpflichen Mannigfaltigkeit nun einmal nicht nach schematischer Grundfalschheit verläuft, unlösbare Fragen schaffen kann, wenn der strengen Sägung die Forderung der Menschlichkeit entgegentritt. Sein Drama könnte das Motto tragen: „Vernunft wird Uninn, Wohlrat Plage.“ Der Montagausführung wird der Verfasser des Stückes, der bereits in Karlsruhe anwesend ist, beiwohnen. Die Wiederholung des Stückes in der zweiten Reihe der Sondermiete findet bereits am Mittwoch, dem 3. Dezember, statt.

Kolosseumtheater. Die Direktion teilt mit, daß das Gastspiel der beliebten Kölner Komiker Schmitz-Weißweiler trotz vielfach geäußerten Wünschen infolge anderweitigen Verpflichtungen nicht verlängert werden kann, es findet infolgedessen schon am kommenden Montag, den 1. Dezember, die Abschiedsvorstellung dieses Ensembles statt. Der zur Zeit zur Vorführung gelangende größte aller Lachschläger „Bod und Böcklein“ gibt Schmitz-Weißweiler rechte Gelegenheit, sich in ihren Glanzrollen zu zeigen. Am 30. November finden die beiden letzten Sonntagsvorstellungen, nämlich 8 Uhr und abends 8 Uhr, mit Schmitz-Weißweiler in „Bod und Böcklein“ statt. Auf die Nachmittagsvorstellung werden besonders die auswärtigen Besucher aufmerksam gemacht. Alle bisher ausgegebenen Plakatkarten verlieren mit dem 1. Dezember abends, ihre Gültigkeit.

Abschiedskonzert von Verény's Zigeuner-Sinfonikern. Verény's ungarische Zigeuner-Sinfoniker werden nach dem Erfolg ihres ersten Konzertes am kommenden Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, in der Großen Festhalle noch ein zweites und letztes Mal konzertieren. Das Konzert bringt ein neues Programm, u. a. neue Solo-Vorträge der Solisten, die große Phantasie aus der ungarischen Operette „Gräfin Marika“ von Kalman (dem berühmten ungarischen Komponisten), „Geschichten aus dem Wienerwald“ von Strauß in ungarischer Instrumentation, die 14. ungarische Mazurke von Liszt. Auf vielfachen Wunsch werden einige Glanzstücke des ersten Programms, wie die symphonische Dichtung „Karpatien“ von Verény und der „Márczi-Márcsi“, eventuell auch „An der schönen blauen Donau“ von J. Strauß, wiederholt. — Da diesmal mit ziemlicher Sicherheit auf ein vollständig ausverkauftes Haus gerechnet werden muß, empfiehlt es sich, die Eintrittskarten an einer der drei Vorverkaufsstellen zu lösen: ganze rechte Saalhälfte in der Musikalienhandlung Kurt Neufeld, Waldstraße 81, linke Saalhälfte in der Buchhandlung Bielefeld und im Warenhaus Knopf.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das nach Frankreich gezogene Tief ist stationär geworden. Unser Gebiet liegt daher im Bereich östlicher Winde und hatte trockenes Wetter. — **Vorausgabe:** Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 319—19, Basel 134—12, Schusterinsel 200—12, Rehl 362—16, Waqau 594—27, Mannheim 595—41, Taub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Preisrentungsaktion in Mannheim

bl. Mannheim, 29. Nov. Im Rahmen der von der Reichsregierung eingeleiteten Preisrentungsaktion hat auch die Stadtverwaltung Mannheim in den letzten Wochen mit einer großen Zahl von Organisationen des Groß- und Kleinhandels Verhandlungen über Preisermäßigungen geführt. Preisermäßigungen für wichtige Artikel des Massenkonsums sind in den letzten Wochen in Mannheim schon eingetreten. Mit den in Frage kommenden Organisationen des Milchhandels und der Landwirtschaft sind Verhandlungen über die Senkung des Milchpreises im Gange.

bl. Mannheim, 28. Nov. Am Donnerstag spät abends wurde hier der langgesuchte Nationalsozialist Baumgart festgenommen. Baumgart war als Hauptbeteiligter an dem nationalsozialistischen Überfall auf eine Reichsbannergruppe am 14. Juni d. J. gesucht. Bei dem Überfall wurden drei Reichsbannerleute schwer und mehrere leicht verletzt. Neun Nationalsozialisten, die an dem Überfall beteiligt waren, wurden vom Schöffengericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. Baumgart hatte sich durch Flucht dem Gericht entzogen.

bl. Altheim bei Buchen, 29. Nov. Das Postgut Kubach, das der Stadt Heidelberg gehört, ist von dem bisherigen Guts-pächter, Bezirksrat B. Krüger, um den Preis von 120 000 Reichsmark erworben worden.

bl. Mülhausen bei Wiesloch, 28. Nov. In der Nacht zum 17. November wurde im Anschluß an die Gemeindevahlen der Fabrikant Karl Wilhelm Fehler durch einen Messerstich lebensgefährlich verletzt. Auf dem Heimwege wurde Fehler von dem Gemeindevähler Wendelin Weidig angegriffen und beschuldigt, er habe seinen Schwager schlagen wollen. Ehe man es verhindern konnte, hatte Weidig dem Fehler einen Stich mit dem Messer versetzt. Der Täter wurde in Haft genommen.

bl. Forbach, 29. Nov. Freitag abend gegen 9 Uhr stürzte der Kaufmann Rauch von Karlsruhe-Mühlburg mit einem Personenwagen auf der Straße zwischen Kirchbaumwasen und Raunungach, die an dieser Stelle etwa 15 Meter hohe Böschung hinunter. Der Wagen überstieß sich mehrere Male. Der Verunglückte wurde mit Verletzungen am Rücken und Kopf ins Krankenhaus Gernsbach verbracht. Ein mitfahrender Junge kam mit dem Schrecken davon.

bl. Freiburg i. Br., 28. Nov. Kurz nach Vollendung seines 80. Geburtstages ist Generalmajor a. D. Rohde-Liebenau gestorben. Von 1900 bis 1903 war er Kommandeur des 9. badischen Infanterieregiments 170, und wurde 1903 Führer der 53. Infanteriebrigade (Württemberg). Als junger Leutnant hat er den Feldzug 1870/71 mitgemacht. Seit über 25 Jahren hatte General Rohde, ein geborener Espreube, seinen Wohnsitz in Freiburg.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	29. November		28. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.60	168.94	168.65	168.94
Kopenhagen 100 Kr.	112.06	112.27	112.08	112.28
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.93	21.97
London . . . 1 Pfd.	20.344	20.384	20.347	20.384
New York 1 D.	4.1915	4.1995	4.1905	4.1985
Paris . . . 100 Fr.	16.457	16.497	16.458	16.497
Schweiz . . . 100 Fr.	81.135	81.295	81.155	81.315
Wien 100 Schilling	58.965	59.085	58.98	59.115
Brag. . . 100 Kr.	12.428	12.448	12.43	12.45

Staatsanzeiger

Losbriefvertrieb. Dem Bayerischen Landesverband zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten in München wurde die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 27. November 1930. Der Minister des Innern. J. Wittmann



DAS DANATBANK SPARBUCH EIN ZEITGEMASSES WEIHNACHTS-GESCHENK

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK FILIALE KARLSRUHE (BADEN) KAISERSTRASSE 76 (AM MARKTPLATZ)

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 2. bis 8. Dezember 1930.

Im Landestheater:

Dienstag, 2. Dez. * A 9. Th.-Gem. 1101—1200. Neu einstudiert: **Bar und Zimmermann.** Komische Oper von Lorching. 20—22.30 Uhr. (7 M.)

Mittwoch, 3. Dez. Sondermiete „Zeittheater“. (2. Vorstellung der Ustil. II, rote Karten): **Das fünfte Gebot (Ananke).** Von van de Velde. 20—22 Uhr.

Donnerstag, 4. Dez. Volkshöhne: **Dezembervorstellung. Die Nibelungen, III. Abteilung.** Trauerspiel von Hebbel. 19.30 bis gegen 22.30 Uhr. (5 M.)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Freitag, 5. Dez. * F 9 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1301 bis 1400. **Fidelio.** Von Beethoven. 20—22.30 Uhr. (7 M.)

Samstag, 6. Dez. Nachmittags. Zum erstenmal: **Der große Christoph.** Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trend. 15—17 Uhr. (3 M.)

Samstag, 6. Dez. Abends. * B 9. Th.-Gem. 1401—1500. **Die Prinzessin und der Eintrüger.** Lustspiel nach Engel und Grünwald. 20—22.15 Uhr. (5 M.)

Sonntag, 7. Dez. Nachmittags: **Der große Christoph.** Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trend. 15—17 Uhr. (3 M.)

Sonntag, 7. Dez. Abends. * E 10. Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. **Bar und Zimmermann.** Komische Oper von Lorching. 19.30—22 Uhr. (8 M.)

Montag, 8. Dez. * G 10. Th.-Gem. I. S.-Gr.: **Die Nibelungen, I. und II. Abteilung.** Trauerspiel von Hebbel. 19.30 bis gegen 22.30 Uhr. (5 M.)

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 30. Nov. * **Meine Schwester und ich.** Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangsstimme und Musik von Ralph Benatzky. 19.30—22.15 Uhr. (3.50 M.)

Dienstag, 2. Dez. * **Meine Schwester und ich.** Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangsstimme und Musik von Ralph Benatzky. 20—22.45 Uhr. (3.50 M.)

Sonntag, 7. Dez. * **Meine Schwester und ich.** Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangsstimme und Musik von Ralph Benatzky. 19.30—22.15 Uhr. (3.50 M.)

Auswärtiges Gastspiel:

Mittwoch, 3. Dez. In Landau: **Der lustige Krieg.**

**Mittwoch,
3.
Dezember
8 Uhr
abends**

Große Festhalle

Die Sensation der europäischen Konzertsäle!

Berény's 40 ungarische 40

ZIGEUNER

Sinfoniker spielen

auswendig! ohne Noten!

**Ungarische Rhapsodien
Wiener Walzer
Zigeuner-Improvisationen**

Das größte u. beste Zigeuner-Orchester der Welt!

Wien: ... diese Donkosaken der Pústa.
... Philharmoniker des Zimbals! [K.769]

Köln: ... eine musikal. Sensation! Die Zigeuner
muß man gehört haben, um zu erfahren, was
Musik ist, und woher sie kommt...!

Karten 90 Rpf. bis 3,50 RM.

im Warenhaus Knopf, in der Buchhandlung
Bielefeld, am Marktplatz und bei
Kurt Neufeldt
Waldstraße 81

Karlsruher Frauenklub

Karl-Friedrich-Straße 30, 1 Treppe rechts (Eintracht)

Ausstellung künstlerischer u. praktischer Frauenarbeit

mit Verkauf

Dienstag, den 2. Dezember } 11-1 Uhr
Mittwoch, den 3. Dezember } 3-7 Uhr, Teeteelochzeit
Donnerstag, 4. Dezember }

Eintritt für Nichtmitglieder 30 Rpf., für Mitglieder
20 Rpf. - Ausweis erbeten [K.787]

Zur Eröffnung der Maßschuh- und Reparatur-Fabrik

„Fortschritt“ Hebelstraße 15

Bei Verwendung besten Materials gebe ich meiner werten
Kundschaft folgende Preise bekannt:

Herrn-Sohlen von 3,- RM. an
Damen-Sohlen von 2,- RM. an
Kinder-Sohlen je nach Größe bei billiger Berechnung

Herrn-Fleck von 1,- RM. an
Damen-Fleck von 0,70 RM. an

Auf- und Umfärben von Schuhen von 0,50 bis 2,- RM.
Ab 26. November bis 15. Dezember gebe ich auf sämtliche
Arbeiten noch

20% Rabatt

Neuarbeiten zu Fabrikpreisen!
Um geneigten Zuspruch bittet [K.777]

Hochachtungsvoll
Friedr. Schmidt.

Bei der Stadt Baden-Baden ist die Stelle eines
Rechnungsprüfungsbeamten

(Gruppe IX ev. X der städt. Besoldungsordnung) als-
bald zu besetzen. [K.771]

Bewerber aus der Zahl der geprüften staatlichen
Revisionsbeamten oder im Gemeinderrechnungsdienst
geprüften und erfahrenen städtischen Beamten wollen
ihre Bewerbung bis 6. 12. 1930 unter Beifügung
eines Lebenslaufes und ihrer Anstellungsbedingungen
schriftlich bei mir einreichen.

Baden-Baden, den 20. November 1930.
Der Oberbürgermeister.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt

Die Mitglieder der Anstalt werden zu dem
Montag, den 15. Dezember 1930, nachm. 5 Uhr
im Geschäftsgebäude der Karlsruher Lebens-
versicherungsbank AG. zu Karlsruhe statt-
findenden ordentlichen

Mitgliederversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Abschlusses für 1929.
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
3. Auflösung der Anstalt unter Verschmelzung mit der Karlsruher Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft durch Übertragung des gesamten Versicherungsbestands mit allen Rechten und Verbindlichkeiten unter Ausschluß der Liquidation.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat. R. 786

Zur Teilnahme an der Versammlung sind alle Versicherten der Anstalt berechtigt, die auf Grund des Teilungsplans vom 14. Februar/16. April 1928 eine prämienvfreie Versicherung bei der Anstalt laufen haben und deren Anmeldung zur Teilnahme spätestens 48 Stunden vor der Versammlung beim Vorstand der Anstalt eingegangen ist. Auf Grund der Anmeldung werden Eintrittskarten ausgestellt, die sachungsgemäß als Ausweis in der Versammlung erforderlich sind. Die Anmeldungen können auch am Auskunftsamt der Karlsruher Lebensversicherungsbank AG. erfolgen.

Karlsruhe, den 26. November 1930.

Der Vorstand
Rimmig.

15. Volkswohl-Lotterie

gezogen 11. bis 18. November 1930

Von rubr. Lotterie, von der das in Baden genehmigte
Losquantum dem staatlichen Lotterieleihnehmer Gähringer
in Forstheim zum Generalvertrieb übertragen war, sind
folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen worden:

Gewinne im Werte von 50 RM. Nr. 141 849, 480 239, 687 394, 862 781.

Gewinne im Werte von 10 RM. Nr. 95 014; 296 181, 305; 480 349; 548 074.

Gewinne im Werte von 5 RM. Nr. 95 305; 141 009, 85, 207, 58, 744, 813, 41; 296 064; 372 641, 880; 480 236, 85, 330; 753 114, 208; 764 023, 318; 775 064; 862 635, 879, 83.

Gewinne im Werte von 2 RM. Nr. 95 031, 80, 91, 93, 179, 213, 32, 58, 66, 307, 08, 26, 33, 62, 406, 53, 86; 141 525, 650, 54, 68, 712, 17, 872, 95, 901, 23, 38, 71, 75, 86; 296 007, 48, 52, 137, 63, 218, 37, 40, 66, 84, 329, 59, 61, 65, 415, 66; 480 005, 25, 60, 90, 195, 232, 42, 74, 394, 402, 31; 548 072, 88, 99, 164, 93, 222, 78, 308, 409, 92; 687 014, 25, 30, 65, 125, 63, 227, 55, 93, 372, 78, 80, 99; 753 075, 100, 74, 89, 212, 27, 39, 44, 88, 345, 423, 65; 764 034, 117, 87, 273, 306, 28, 29, 55, 482; 775 048, 58, 75; 862 520, 79, 93, 616, 43, 724, 40, 814, 57, 903, 51.

R. 789

Doppellose erhalten 2 Gewinne im gleichen Werte!

Schuldjeweert Aktiengesellschaft.

Erstwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom
18. November 1930 wurde an Stelle des aus dem Auf-
sichtsrat unserer Gesellschaft ausgeschiedenen Herrn
Ministerialdirektor Dr. Hörenbach in Karlsruhe, Herr
Ministerialdirektor Dr. Otto Weigel in Karlsruhe ge-
wählt. [K.772]

Terminsauflösung.

Der in der Zwangsversteigerungssache gegen die
Erbengemeinschaft zwischen Christine geb. Müller,
Witwe des Privatmanns Eduard Möhner in Straß-
burg i. G. und Genossen auf: [K.103]

Samstag, den 6. Dezember 1930, vorm. 9 Uhr,
bestimmte Versteigerungstermin - Grundstück Lg.
Nr. 684, Kaiserstraße 219 - findet nicht statt.

Karlsruhe, den 27. November 1930.

Badisches Notariat III als Vollstreckungsgericht.

Maul- und Klauenseuche in
Weingarten (Baden).

Nachdem sich die Seuche weiter verbreitet hat, wird
der Sperbezirk auf die ganze geschlossene Ortschaft
Weingarten ausgedehnt. [K.100]

Karlsruhe, den 28. November 1930.

Bad. Bezirksamt Abteilung IV. D.-3. 76

Preiswerte Qualitätsmöbel

jeder Art bei K.737

Erich Rudolff, Karlsruhe i. B.

(früh. Markgräf. Palais) seit 1929 nur noch
Steinstraße 23. Telephon Nr. 1216

Zwangsversteigerung.

4. V. 35/30.

Im Zwangswege versteigert das Rotariat am
Dienstag, den 27. Januar 1931, vorm. 9 Uhr,
in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stod. Zim-
mer 10, das Grundstück des Kaufmanns Viktor
Merkle jr., Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 29. X. 1930 im Grund-
buch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grund-
stück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte,
die am 29. X. 1930 noch nicht im Grundbuch eingetra-
gen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor
der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei
Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen;
sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der
Erlasserteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers
und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein
Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfas-
ten vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen ein-
stellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteige-
rungserlös an die Stelle des versteigerten Gegen-
stands. [K.101]

Grundstücksbeschreibung:

Grundbuch Karlsruhe Band 188 Heft 7.

Lg. Nr. 3823 e: 3 a 62 qm Hofreite mit Hausgar-
ten, Jollystr. 43.

Auf der Hofreite steht: ein vierstöckiges Wohnhaus
mit Schienenteller und Kniestock nebst zweistöckiger
Veranda hinten.

Geschätzter Verkehrswert: 40 000 RM.
und mit Zubehör: 40 186 RM.

Karlsruhe, den 27. November 1930.

Bad. Notariat IV.
Vollstreckungsgericht.

Holzwertanleihe der Stadtgemeinde Engen.

Das Bad. Forstamt Engen hat den Durchschnitts-
preis für 1 fm. Fichtenholz III. Klasse aus dem
Holzverkauf der Stadtgemeinde in der Zeit vom
1. Oktober 1929 bis 1. Oktober 1930 auf 28,50 RM
festgesetzt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für
die am 1. Dezember 1930 fälligen Jahreszinsen aus
der Prozentigen Holzwertanleihe pro Festmeter auf
1,71 RM. Die fälligen Zinsfeste werden nach Ab-
zug von 10 Proz. Kapitalertragssteuer wie folgt ein-
gelöst: [K.770]

5 fm. mit	7,70 RM.
2 fm. mit	3,08 RM.
1 fm. mit	1,54 RM.
1/2 fm. mit	0,77 RM.
1/4 fm. mit	0,38 RM.
1/8 fm. mit	0,19 RM.

Die Einlösungstellen sind auf den Zinsfesteinen an-
gegeben.

Engen, den 26. November 1930.

Der Gemeinderat.

Badisches Landestheater

Sonntag, den 30. Nov. 1930

Nachmittags

Wann kommst du wieder?

Luftspiel von Naugham
Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:
Frauendörfer, Genter, M-
hoff, Mademacher, Seifing,
Föder, Kloeble, Mehner,
Müller

Betr. Jagdverpachtungen

Die meisten badischen Jäger sind abonniert auf „Der Deutsche Jäger“,
München (älteste deutsche Jagdzeitung), offizielles Organ des Badischen
Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirgsgruppen Wertheim,
Lauterbach, Odenheim, Buchen, Odenbüchel, Heidelberg, Mannheim, Bruch-
sal, Forstheim, Karlsruhe, Kastatt, Baden-Baden, Kehl-Offenburg, Kinzig-
tal, Laub, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Lörrach und Konstanz:
Also das geeignete Anknüpfungsorgan für Jagd- und Fischereiver-
pachtungen. Probenummer kostenlos. Anschrift: Verlag „Der Deutsche
Jäger“ F. C. Mayer G.m.b.H., München C2. [K.192]

Anfang 15 Ende 17 1/2
I. Rang u. I. Sperrsitze 3 RM
Abends
* G. 9. Th.-Gem. III. S.-Or.
2. Hälfte u. 1201-1300

Falkstaff

Von Verdi

Dirigent: Schwarz
Regie: Kruschka

Mitwirkende:
Blant, Effelsgröth, Grün-
wald-Seifert, Haberhorn,
Kainbach, Kiefer, Löfer,
Kentwig, Orner, Schuster

Anfang 19 1/2 Ende 22
Preise D (1-8 RM)

Montag, 1. Dezember 1930
Sondermiete „Zeittheater“
(2. Vorstellung der Abtei-
lung I, weiße Karten)

Das fünfte Gebot

(Ananke)

Schauspiel von van de Velde
Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:
Bertram, Frauendörfer,
Genter, Kbhoff, Schreiner,
Seifing, Dahlen, Gemmede,
Graf, Hiel, Just, Kloeble,
Kuhne, Prüter, Schulze,
Lutjfer

Anfang 20 Ende 22

Die 2. 12. Neu einstudiert:
Zar und Zimmermann. [K.101]

Die 3. 12. Sondermiete „Zeit-
theater“ 2. Vorstellung der
Abteilung II, rote Karten

Das fünfte Gebot (Ananke).
Do. 4. 12. Die Nibelungen
III. Abtlg. Fr. 5. 12. Fideles
Im Stghs.: Meine Schwe-
ster und ich. Sa. 6. 12. Nach-
mittags: Zum erstenmal:
Der große Christoph. Abds.:
Die Prinzessin und der Ein-
tänzer. So. 7. 12. Nachmit-
tags: Der große Christoph.
Abends: Zar und Zimmer-
mann. Im Stghs.: Meine
Schwester und ich. Mo. 8. 12.
Die Nibelungen. I. und II.
Abtlg.

Im Stadt. Konzerthaus

Sonntag, den 30. Nov. 1930

Meine Schwester und ich

Operette in zwei Akten u.
einem Vor- und Nachspiel
nach Berr und Bernert
von Robert Blum

Gefangene und Musik
von Ralph Benatzky

Dirigent: Keilberth
Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:
Genter, Janz, Seiberlich,
Seifing, Brand, Graf,
Kloeble, Kuhne, Mehner,
Müller, Prüter, S. Riehscherf

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
I. Parkett 3,50 RM

Wir werben für Sie!

Leipziger Lebensversicherung

1830-1930



Generalagentur Karlsruhe:
Ludwig Homburger, Karlsruhe
Rittel 20. Fernruf 1836

Ein Weihnachtsgeschenk von bleibendem Wert ist unser Versicherungsschein

Druck G. Braun, Karlsruhe.